

## Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 15.11.2016

### **Kein Wegsehen beim Linksextremismus - Niedersachsen braucht ein Landesprogramm gegen Linksextremismus**

Der Landtag wolle beschließen:

#### Entschließung

In Niedersachsen nehmen der politische und der religiöse Fundamentalismus zu. Extremistische Bewegungen, extremistisch motivierte Gewaltanwendung und die Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols stellen den Fortbestand und die gesellschaftliche Billigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Deutschland und Niedersachsen infrage. So ist in Deutschland die Zahl von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte angestiegen. Der religiöse Extremismus hat auch in Niedersachsen in Form des Islamismus eine steigende Anhängerzahl und hohes Gewaltpotenzial. Nicht vergessen werden darf aber der Linksextremismus.

Während im Jahr 2015 in Niedersachsen 147 politisch links motivierte Straftaten verübt wurden, berichtete Innenminister Pistorius am 27.10.2016 im Landtagsplenum von einem deutlichen Anstieg solcher Straftaten auf 194 in diesem Jahr alleine bis zum 25.10.2016. Besonders in der Stadt Göttingen wurden Personen alleine deswegen hinterrücks angegriffen, weil sie zu einer bestimmten Gruppe, nämlich Studentenverbindungen, gehören. Damit dürfte auch für Anhänger der Theorie der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ die Notwendigkeit der Präventionsarbeit bewiesen sein. Angriffe auf Personen und ihr Eigentum, die zur rechtsradikalen oder rechtspopulistischen Szene gehören, können in einem demokratischen Rechtsstaat nicht hingenommen werden. Das Gewaltmonopol hat auch im Kampf gegen Rechts der Staat.

Wissenschaftliche Studien zum religiös motivierten Extremismus, zum Rechtsextremismus sowie zum Linksextremismus zeigen unterschiedliche Gewaltmuster, Radikalisierungsprozesse, Ideologien und soziologische Hintergründe. Die Präventionsarbeit ist daher spezifisch für das jeweilige Phänomen anzupassen. Die Landesregierung hat inzwischen ein differenziertes und ressortübergreifendes Landesprogramm gegen Rechtsextremismus initiiert. Alle Fraktionen des Landtages unterstützen dieses Programm. Nach ihrem Amtsantritt hat die Landesregierung hingegen zunächst entschieden, ein vorhandenes Handlungskonzept und zahlreiche Maßnahmen zur Bekämpfung des Salafismus einzustellen. Zum Teil hat die Landesregierung diese Entscheidung, wie von der CDU-Fraktion immer gefordert, rückgängig gemacht und begonnen, beispielsweise wieder im Verfassungsschutz ein Aussteigerprogramm einzuführen.

Zur Bekämpfung des Linksextremismus ist die Bilanz der Landesregierung hingegen völlig ungenügend. Zwar kündigte Innenminister Pistorius im Januar 2014 bereits eine Broschüre zum Thema an. Diese Broschüre wurde aber erst Mitte 2016 veröffentlicht. Aktiv verbreitet werden diese und weitere inzwischen aufgelegte Broschüren aber nicht. Sie werden lediglich zum Download angeboten. Weiterhin erklärte Innenminister Pistorius im Januar 2014, dass die Prävention des Linksextremismus einer neuen konzeptionellen Planung bedürfe, die auf den ganz speziellen Adressatenkreis in den bekannten Autonomen Zentren Niedersachsens ausgerichtet sei.

Tatsächlich betreiben aber weder der Verfassungsschutz noch andere öffentliche Stellen des Landes eine solche Präventionsarbeit in den Autonomen Zentren Niedersachsens. Wissenschaftliche Symposien zum Linksextremismus erreichen nicht die selbst bestimmte Zielgruppe.

Innenminister Pistorius sagte am 27.10.2016 auf eine Dringliche Anfrage der CDU-Fraktion im Landtagsplenum, dass linke Gewalt im Keim als Jugendphänomen zu begreifen sei. Zugleich räumte er ein, dass für die überwiegende Zahl der in Niedersachsen tätigen Multiplikatoren in den Re-

gelstrukturen der Schule und der außerschulischen Jugendbildung der Linksextremismus keine aktuelle Priorität in den präventiven und pädagogischen Handlungsfeldern darstelle. So stünden 29 Vortragsanfragen von Schulen zu Rechtsextremismus sowie 21 Vortragsanfragen zu Islamismus lediglich 5 Anfragen zum Linksextremismus gegenüber.

Die Einschätzung als Jugendphänomen zeigt angesichts der Vielzahl von Taten, wie dringend notwendig eine konsequente Prävention ist. Daher müssen die Sensibilität im schulischen und beruflichen ebenso wie im privaten und familiären Umfeld hinsichtlich linksextremistischer Propaganda in allen Lebensphasen gesteigert werden. Wer die perfiden Methoden kennt, mit denen linksextremistische Gruppierungen oft unterschwellig vorgehen, um gerade Jugendliche und junge Erwachsene gezielt zu adressieren, kann sich selbst und sein direktes Umfeld besser vor einem Abgleiten in die Szene schützen.

Der Verfassungsschutz weist darauf hin, dass im linksextremen Lager ein Wandel vom parlamentarischen zum aktionsorientierten Linksextremismus stattfindet. Eine führende Rolle in dieser Entwicklung spielen autonome und anarchistische Bewegungen, die aufgrund des Verzichts auf Hierarchien sowie übergreifende gesamtgesellschaftliche Utopien besonders niedrigschwellige Zugänge für neue Mitglieder und Mitstreiter anbieten.

Der niedersächsische Verfassungsschutz berichtet in seinem Jahresbericht 2015, dass linksextremistische und autonome Personenkreise zivilgesellschaftliche Proteste für sich instrumentalisieren. So heißt es dort:

„Linksextremisten überspitzen ihre Kritik an bestehenden Asyl- und Flüchtlingsgesetzen und am Handeln von Ausländerbehörden, Polizei und Gerichten zum Vorwurf eines ‚systemimmanenten‘ Rassismus. Staatliche Repräsentanten und Akteure werden damit auf eine Stufe mit Rechtsextremisten gestellt und somit Forderungen nach der Abschaffung des politischen Systems legitimiert.“

Die Beteiligung des „Schwarzen Blocks“ bei einer zunehmenden Zahl von Demonstrationen (gegen rechts, kapitalismuskritisch etc.) erschwert es der Polizei erheblich, beispielsweise das Vermummungsverbot durchzusetzen oder beleidigende und volksverhetzende Aussagen zu verfolgen. Linksextremisten verstecken sich zwischen besorgten Bürgerinnen und Bürgern und setzen auf Solidarisierungseffekte gegen die Polizei. Damit steigt die Gefahr für friedliche Demonstrationsteilnehmer, Passanten und Polizeibeamte.

Die zunehmenden Fälle von Gewalt gegen Sachen, Brandstiftungen gegen Fahrzeuge sowie tätliche Übergriffe auf Polizeibeamte oder Mitglieder von Studentenverbindungen belegen die wachsende Bedeutung linksextremistischer Straftaten. Aufgrund der geografisch ungleichmäßigen Verteilung von Straftaten mit Spitzen in Groß- und Hochschulstädten sind dezentrale Ansätze zur Extremismusprävention naheliegend. So spricht die Presse mit Blick auf Göttingen bereits von einem „kleinen Weltanschauungskrieg“ zwischen gewaltbereiten Links- und Rechtsextremisten (*Frankfurter Rundschau*, 09.08.2016), in dem auch wiederholt Polizeibeamte zu Schaden kamen (*Göttinger Tageblatt*, 02.08.2016).

Vor diesem Hintergrund stellt der Landtag fest:

- Jegliche Form des Extremismus ist eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, hierzu gehört ausdrücklich auch der Linksextremismus.
- Die aktive Prävention vor Linksextremismus und die gesellschaftliche Abgrenzung hierzu müssen verstärkt werden.
- Niedersachsen braucht ein abgestimmtes und ressortübergreifendes Landesprogramm gegen Linksextremismus als Gesamtstrategie.
- Wegen der besonderen Gefährdungslage von Heranwachsenden und jungen Erwachsenen linksextremistisch motivierte Straftaten zu begehen, muss auf diese ein besonderes Augenmerk bei Präventionsmaßnahmen gelegt werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, folgende Aspekte in einer Gesamtstrategie zu berücksichtigen:

1. im Rahmen wissenschaftlicher Studien Radikalisierungsprozesse, Gewaltmuster und gefährdete Personenkreise herauszuarbeiten,
2. Ziele und Maßnahmen zur Gewaltprävention zu definieren und regelmäßig zu veröffentlichen,
3. wie man dem Reiz linksradikaler und linksextremistischer Bewegungen durch eine Kampagne begegnen kann, in der über die Konsequenzen und Auswirkungen dieser extremistischen Bewegungen aufgeklärt wird,
4. wie die Überprüfung von Leitern und Ordnern nach § 10 Abs. 1 Satz 2 des Versammlungsgesetzes verbessert werden kann, um die Einflussmöglichkeiten gewaltbereiter Autonome auf gewaltfreie Demonstrationen wirksam zu reduzieren,
5. das Primat der Gewaltfreiheit als Mittel der politischen Auseinandersetzung in Schule und Jugend(bildungs)arbeit stärker herauszustellen,
6. das Konzept des Aktionstags „Schule für Demokratie“ der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung (AEWB) um das Thema Linksextremismus zu erweitern,
7. die Aussteigerprogramme „Rechtsextremismus“ und „Islamismus“ personell stärker auszustatten und um ein eigenständiges Programm „Linksextremismus“ zu ergänzen. Im Sinne von best practice sind erfolgreiche Elemente laufender Aussteigerprogramme hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf den Linksextremismus zu prüfen,
8. unter Mitwirkung des Landespräventionsrats und der Landeszentrale für Politische Bildung staatliche Akteure und Akteure der Zivilgesellschaft miteinander zu vernetzen, um in Schwerpunktgebieten linksextremistischer Gewalt zur Prävention und Deeskalation beizutragen und der Entstehung neuer kleinräumiger Herde linksextremistischer Aktivität vorzubeugen,
9. eine Evaluation des Landesprogrammes gegen Linksextremismus und dessen Maßnahmen regelmäßig vorzusehen.

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender